

Liebe Bürgerinnen und Bürger,



seit 2011 bin ich Mitglied in der Fraktion DIE LINKE und Sprecherin für Renten, Pflege und Menschen mit Handicap im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.

Linke Seniorenpolitik und Politik für Menschen mit Behinderung wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie fester Bestandteil der Gesamtpolitik ist. Sie muss aber eigenes Politikfeld bleiben, und ich setze mich dafür ein, dass wir Politik nicht nur für, sondern mit den Betroffenen machen. Dabei sind alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens einzubeziehen.

Wenn Sie mich persönlich sprechen möchten, vereinbaren Sie am besten einen Termin über mein Bürgerbüro:

Lange Straße 106 - 19230 Hagenow
Tel./Fax: 03883 / 72 31 07
E-Mail: wkb@karen-stramm.de

Ihre Karen Stramm

Herausgegeben von der Fraktion
DIE LINKE. im Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Lennéstr. 1, 19053 Schwerin
Tel.: 0385 / 52 52 500
E-Mail: fraktion@dielinke.landtag-mv.de
www.linksfraktionmv.de
V.i.S.d.P.: Claudia Schreyer, Stand: August 2013
Titelbild: Thomas Max Müller_pixelio.de

- Menschen mit 40 und mehr Beitragsjahren sollen bereits ab ihrem 60. Lebensjahr ohne Abschläge in Rente gehen können
- Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung, u.a. durch Rücknahme der staatlichen Förderung privater Altersvorsorge, durch Einbeziehung aller Einkommen zur Rentenberechnung und Einbeziehung aller sozialen Schichten
- höhere Zahlbeträge bei den Erwerbsminderungsrenten
- paritätische Finanzierung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer
- umgehende Herstellung der Renteinheit (Angleichung der Rentenberechnung Ost an West), bei Beibehaltung der Höherbewertung der ostdeutschen Einkommen, so lange diese deutlich unter denen in Westdeutschland liegen
- Stärkung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung
- Abbau der Anreize für sozialversicherungsfreie Beschäftigungen (Mini-Jobs)
- 10 Euro pro Stunde Mindestlohn für jede Tätigkeit

Alle entsprechenden Anträge meiner Fraktion wurden durch SPD und CDU abgelehnt



LEBENSLEISTUNG ANERKENNEN – GERECHTE RENTE JETZT!

DIE LINKE.

Fraktion im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern

Nirgendwo in Deutschland wird so schlecht verdient wie in Mecklenburg-Vorpommern

Während Vollzeitbeschäftigte im Bundesdurchschnitt für ihre Arbeit 2702 Euro brutto erhalten, sind es in Mecklenburg-Vorpommern nur 1918 Euro.

Landesweit gibt es große regionale Unterschiede. Die niedrigsten Löhne werden in Ostvorpommern und auf Rügen gezahlt. Hier erhalten Vollzeitbeschäftigte im Durchschnitt nur 1728 bzw. 1703 Euro brutto.

Geringer Verdienst – schmale Rente

Wer 1953 geboren wurde und seit 1975 immer den gegenwärtigen Durchschnittslohn in Mecklenburg-Vorpommern verdient hat (etwa 1900 Euro brutto im Monat), der kann ab dem Jahr 2018 mit einer Altersrente von etwa 776 Euro (brutto) rechnen.

Ist dieser Mensch heute so krank, dass er nicht mehr sechs Stunden täglich arbeiten kann, hat er Anspruch auf eine Erwerbsminderungsrente. Sie beträgt bei einem Arbeitsvermögen von weniger als sechs Stunden pro Tag 306 Euro und bei voller Erwerbsminderung 613 Euro. Menschen, die eine volle Erwerbsminderungsrente erhalten, dürfen nur noch über ein Arbeitsvermögen von weniger als drei Stunden pro Tag verfügen.

In Mecklenburg-Vorpommern werden schmale Renten nicht ausgeglichen

Während in Westdeutschland meist nur ein Partner über eine niedrige Rente verfügt, in der Regel sind es die Frauen, und die Paare ihr Einkommen im Alter durch die höheren Renten der Männer, durch Betriebsrenten oder private Vorsorge ausgleichen können, ist das in den neuen Bundesländern kaum der Fall.

In Mecklenburg-Vorpommern kommt zu einer schmalen Rente in der Regel nur eine in ähnlicher Höhe hinzu. Betriebs- oder private Renten, staatlich geförderte Formen der Altersvorsorge, wie die Riester-Rente, gibt es kaum. Die gesetzliche Rente bildet hier die wesentliche Einkommensquelle im Alter.

Die Zahlbeträge der gesetzlichen Rente sinken

Wer heute erstmals Alters- oder Erwerbsminderungsrente bezieht, erhält im Durchschnitt weniger als jemand, der vor 10 oder 20 Jahren Rentner wurde.

Das ist ein Ergebnis von niedrigen Löhnen, von Zeiten geringfügiger Beschäftigung, von Arbeitslosigkeit und von den Eingriffen der rot-grünen und schwarz-gelben Bundesregierungen in das Rentenrecht.

Nach Forschungen am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung werden die gesetzlichen Renten vor allem in Ostdeutschland

weiter sinken. Für die meisten Menschen werden die regulären Altersrenten, also die Zahlbeträge ohne Abschläge, für Neurentner ab dem Ende der 2020er Jahre bei etwa 600 Euro liegen. Das wäre für die Menschen, die zwischen 1962 und 1971 geboren wurden, ein Betrag unter dem Niveau der Grundsicherung.

Sinkende Renten und zunehmende Altersarmut müssen nicht sein. Die Politik kann gegensteuern.

Wir fordern:

- **Rückführung des Sicherungsniveaus bei der Altersrente auf zunächst 53 Prozent, wie vor 1998**
- **die solidarische Mindestrente von 1050 Euro, ohne Mindestanforderungen bei Versicherungszeiten und Beiträgen, finanziert aus Steuermitteln**
- **bessere Bewertung von Zeiten der Arbeitslosigkeit, der Kindererziehung und der Pflege in der Rentenversicherung**
- **Wiederanerkennung der Ausbildungszeiten**
- **Senkung des regulären Renteneintrittsalters (ohne Abschläge) von 67 auf 65 Jahre**
- **Keine Steuer auf Renten**